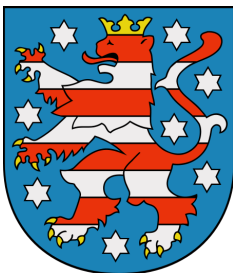


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Demokratie in der Corona-Pandemie

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2021

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Anne Küppers

Dr. Jörg Hebenstreit

Dr. Axel Salheiser

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Institut für Politikwissenschaft

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,

Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



KOMREX

Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORS 2021

Der THÜRINGEN-MONITOR 2021 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung des politischen Meinungsklimas und der gesellschaftspolitischen Einstellungen im Freistaat untersucht. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.100 wahlberechtigten Thüringer*innen, die zwischen dem 4. Juni und dem 3. Juli 2021 durchgeführt wurde.

Der Titel des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS lautet „Demokratie in der Corona-Pandemie“. Damit stehen in diesem Jahr zwei, gleichzeitig auch miteinander verbundene Schwerpunktthemen im Zentrum: Zum einen hat die Corona-Pandemie das Leben der Thüringer*innen in den vergangenen Monaten weiterhin sehr stark beeinflusst. Während Thüringen in der ersten Welle im Frühjahr 2020 im bundesweiten Vergleich noch vergleichsweise wenig betroffen war, gehörte es in der zweiten und dritten Corona-Welle zu den Bundesländern mit der höchsten Inzidenz. Zudem führten die Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bürger*innen zu Beschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie zu massiven Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte. Diese Maßnahmen waren in der Thüringer Bevölkerung zum Teil stark umstritten und von Protesten, u. a. der Anti-Corona-Bewegung und von Corona-Skeptiker*innen, begleitet. Dies führte, wie der THÜRINGEN-MONITOR 2020 in Übereinstimmung mit anderen wissenschaftlichen Untersuchungen (u. a. Decker et al. 2020; Florack et al. 2021; Merkel 2020; Küpper & Zick 2021) feststellte, bereits in der frühen Phase der Pandemie zu Veränderungen in den politischen Einstellungen der Thüringer*innen. Angesichts dieser hohen Bedeutung greift der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR den

letztjährigen Schwerpunkt erneut auf und fragt, wie sich die Bewertungen und Einstellungen der Thüringer*innen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie verändert haben und welchen Einfluss die COVID-19 Pandemie auf die politische Kultur im Freistaat hat.

Zum anderen leuchtet der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR das Demokratieverständnis und die Einstellungen zur Demokratie in Thüringen tiefer aus. Was halten die Thüringer*innen heute, rund 30 Jahre nach der Deutschen Einheit und angesichts der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren, selbst für den Wesenskern der Demokratie? Welche Aspekte von Demokratie sind ihnen also besonders wichtig? Wie stark unterstützen die Thüringer*innen die Idee und die Praxis der Demokratie? Und wie (stark) wollen sich die Thüringer*innen politisch beteiligen? Diese Fragen sind wichtig, da sich eine positive oder eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie, den politischen Institutionen ebenso wie das eigene politische Verhalten einer Person auch daran orientiert, was Demokratie für die jeweilige Person ausmacht (vgl. u. a. Canache 2012; Kriesi & Ferrín 2016). Zudem gewinnt diese Untersuchung gerade auch vor dem von der Anti-Corona-Bewegung verbreiteten Narrativ einer „Corona-Diktatur“ an aktueller Bedeutung. Dies verweist gleichzeitig auf mögliche Verknüpfungen der beiden Schwerpunktthemen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS: So kann einerseits die Corona-Pandemie Änderungen im Demokratieverständnis bewirken, andererseits kann jedoch auch das vorhandene Demokratieverständnis die Bewertung der Pandemie beeinflussen.

Die Analysen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR zeigen im Ergebnis, dass die Risiken im zweiten Jahr der Corona-Pandemie nur noch vergleichsweise selten im persönlichen Bereich gesehen werden,

sondern zunehmend in gesellschaftlicher Hinsicht. Dies spricht für gesellschaftliche Solidarität und die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es spricht aber auch dafür, dass die Maßnahmen gegen die individuellen Risiken der Pandemie für die meisten Thüringer*innen wirkten. Trotz der im Zuge der Corona-Debatte deutlich gestiegenen Kritik am Pandemiemanagement, den heftig umstrittenen Eindämmungsmaßnahmen und der von der Anti-Corona-Bewegung geäußerten Narrativ um eine „Corona-Diktatur“ ist auf Basis der Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS keine Demokratie- bzw. Vertrauenskrise zu erkennen. Obschon die Zahl der Corona-Skeptiker*innen im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, stellen sie weiterhin eine große Herausforderung für die politische Kultur im Freistaat dar. So ist eine Radikalisierung der schrumpfenden Anti-Corona-Bewegung zu beobachten, die jedoch nicht in Richtung des klassischen Rechtsextremismus stattgefunden hat. Dies zeigt sich u. a. in der geringeren Überlappung von Corona-skeptischen und rechtsextremen Einstellungen. Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken - von 17 Prozent auf elf Prozent. Damit erreicht der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen im Jahr 2001. Die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen ist somit auch im Jahr 2021 nicht rechtsextrem und nicht Corona-skeptisch eingestellt.

Das Demokratieverständnis der Thüringer*innen

Bei den Antworten auf die offene Frage, was für sie den Kern der Demokratie ausmacht, stechen zwei für die Thüringer*innen besonders wichtige Merkmale heraus: Partizipation und Freiheitsrechte. Hinsichtlich der Partizipation betonen sie die große Bedeutung freier Wahlen, schließen jedoch auch andere Formen der politischen Betei-

ligung wie z. B. direktdemokratische Elemente mit ein. Mit dem Freiheitsbegriff sind vielfältige Assoziationen geweckt: Neben der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit werden auch Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben genannt. Es ist zu vermuten, dass sich dieser hohe Stellenwert sowohl auf Effekte aus dem Erleben der DDR als auch auf die Freiheitsbeschränkungen in der Corona-Pandemie zurückführen lässt. Für erstes sprechen auch die Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Während der Aspekte der Partizipation von den jüngeren Alterskohorten der These des Wertewandels entsprechend häufiger genannt wird, nennen die älteren Befragten spontan als erstes die Freiheitsdimension als wichtigstes Merkmal der Demokratie. Es ist zu vermuten, dass sich hier die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen zwischen den in der DDR sozialisierten Generationen und den nach 1989/90 Aufgewachsenen widerspiegeln.

Erst mit deutlichem Abstand folgen bei der offenen Frage nach dem wichtigsten Merkmal die Kategorien Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Pluralismus und Minderheitenschutz sowie Elemente der sozialen Dimension der Demokratie werden hingegen kaum genannt. Stattdessen assoziiert eine nicht unerhebliche Zahl der Befragten Merkmale mit der Demokratie, die nicht zu den Kernbestandteilen herkömmlicher Demokratiemodelle gehören, wie Frieden, Toleranz, Zusammenhalt und ein glückliches Leben.

Ein weites und facettenreiches Demokratieverständnis zeigt sich, wenn wir die Thüringer*innen in einem zweiten Schritt nach der Bedeutung verschiedener Merkmale der Demokratie fragen. Hierbei beurteilen die Thüringer*innen sowohl die politische Gleichheit, d. h. die Gleichheit vor dem Gesetz, als auch die Chancengleichheit, d. h. die

Vorstellung, dass alle Menschen im Leben die gleichen Chancen haben sollen, für am wichtigsten. Auch die Responsivität, also die Bereitschaft der politischen Repräsentant*innen, auf die Interessen der Bürger*innen einzugehen, wird von einer großen Mehrheit der Thüringer*innen als sehr wichtig erachtet. Hierbei ist es für die Bürger*innen überraschenderweise etwas weniger wichtig, dass die Politiker*innen tatsächlich die Politik an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten. Hingegen wird es jedoch als sehr bedeutsam angesehen, dass sich die Politiker*innen über die Wünsche der Bürger*innen informieren sowie dass sie nach ihren Entscheidungen die Politik erklären. Jeweils mehr als 75 Prozent der Thüringer*innen halten Inklusivität, Meinungsfreiheit und freie Wahlen für sehr wichtig. Wie auch schon in früheren THÜRINGEN-MONITOREN (vgl. u. a. TM 2011) messen die Thüringer*innen der sozialen Komponente der Demokratie ebenfalls einen hohen Stellenwert bei. Dieses Element wird dabei besonders stark von Befragten, die über eine formal niedrigere Bildung verfügen, sich selbst politisch links verorten und von Menschen, die depriviert bzw. ostdepriviert sind, betont.

Das Konzept der deskriptiven Repräsentation, das in den vergangenen Monaten u. a. im Kontext des 30-jährigen Jubiläums der Deutschen Einheit hinsichtlich der Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den gesamtdeutschen Eliten intensiv diskutiert wurde, wird im Vergleich mit den anderen Merkmalen deutlich seltener als wichtig erachtet. Allerdings ist auffällig, dass Befragte, die schon einmal aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt wurden, und Thüringer*innen mit einem geringen Einkommen die deskriptive Repräsentation verstärkt als wichtig erachten. Es ist auf Basis existierender Untersuchungen zu vermuten, dass dies aus einem Gefühl der Marginalisierung und mangelnder Interessenrepräsentation gespeist wird (vgl. Elsässer et al. 2017; Reiser & Reiter 2022; Vogel & Zajak 2020).

Insgesamt zeigen die Analysen zum Demokratieverständnis der Thüringer*innen somit große Übereinstimmungen mit dem Demokratieverständnis der Europäer*innen (vgl. Ceka & Magalhães 2016). Gleichzeitig stehen die Thüringer*innen jedoch alternativen bzw. die repräsentative Demokratie ergänzenden demokratischen Entscheidungsverfahren sehr positiv gegenüber: Direktdemokratische Verfahren, die den Bürger*innen mehr Partizipationsrechte einräumen, werden von 65 Prozent der Menschen im Freistaat befürwortet. Ebenso unterstützen knapp zwei Drittel der Thüringer Bürger*innen (61 Prozent) technokratisches Regieren, also Entscheidungen durch unabhängige Expert*innen statt Politiker*innen. Allerdings sank die Unterstützung im Zuge der Corona-Pandemie, in der technokratischen Institutionen eine bedeutsame Rolle zukam, um neun Prozentpunkte. Mit 72 Prozent sprechen sich die Thüringer*innen zudem für Formen der deliberativen Demokratie aus. Damit ist gemeint, dass politischen Entscheidungen im engen Dialog mit Bürger*innen und Betroffenen getroffen werden. Hierbei zeigen sich zwei zentrale Erklärungsmuster: Einerseits ist die Unzufriedenheit mit der aktuellen Praxis der (repräsentativen) Demokratie eine zentrale Triebkraft für den Wunsch nach allen drei alternativen Verfahren. Entsprechend stehen auch Corona-skeptische Einstellungen im Zusammenhang mit einer Befürwortung alternativer Demokratiemodelle. Auch eher autoritär eingestellte Befragte äußern eine Präferenz für direktdemokratische Verfahren, was sich vermutlich durch die Einstellungen und Forderungen rechtspopulistischer Parteien nach mehr direkter Demokratie erklärt. Andererseits geht ein höheres politisches Interesse mit einer höheren Präferenz für eine partizipatorischere – also direktdemokratische und/oder deliberative Entscheidungsverfahren –, jedoch nicht für eine expert*innenbasierte Demokratie einher.

Da die politische Partizipation somit für einen hohen Anteil der Thüringer*innen ein zentraler Bestandteil der Demokratie ist und sich knapp zwei Drittel mehr direktdemokratische bzw. deliberative Entscheidungsverfahren wünschen, lag in diesem Jahr ein besonderer Fokus auf der Frage, wie sich die Thüringer*innen beteiligen bzw. welche Formen der Beteiligung sie sich vorstellen können. Nachdem die Partizipation im vergangenen Jahr – als Folge der Corona-Pandemie – im Durchschnitt um beachtliche neun Prozentpunkte zurückgegangen war, lässt sich im aktuellen THÜRINGEN-MONITOR eine gewisse Normalisierung auf das Vor-Corona-Niveau beobachten. Eine erhöhte Partizipation, v. a. in Bezug auf Demonstrationen, zeigt sich wie im letzten Jahr insbesondere bei den Corona-skeptischen Bürger*innen. Da aufgrund der in der Corona-Pandemie geltenden Abstandsregeln und der Lockdowns bestimmte Formen der Partizipation nicht bzw. nur eingeschränkt möglich waren, wurde die digitale Partizipation als mögliche alternative Beteiligungsform untersucht. Überraschenderweise haben jedoch bisher nur neun Prozent der Befragten ihre Meinung zu politischen Themen auf Facebook, Twitter oder in anderen sozialen Netzwerken geäußert; ebenfalls nur neun weitere Prozent können sich vorstellen, dies zu tun. Auch wenn sich hierbei eine digitale Spaltung entlang der Altersgruppen zeigt und die jüngeren Altersgruppen deutlich häufiger online partizipieren, kann sich dennoch die Mehrheit der 18-24-Jährigen bzw. 25-34-Jährigen nicht vorstellen, auf diese Weise zu partizipieren.

Während die Thüringer*innen alternativen demokratischen Verfahren sehr offen gegenüberstehen, ist die Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen – Diktatur, Nationalsozialismus und sozialistische Ordnung – im Vergleich zu den Vorjahren erneut zurückgegangen. Sie werden nun von so wenigen Thüringer*innen unterstützt wie seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 2001 nicht.

Dies spiegelt sich auch in der Langzeitentwicklung der Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit wider. So erhöhte sich die Demokratieunterstützung im Vergleich zum Vorjahr leicht um zwei Prozentpunkte und rangiert mit aktuell 89 Prozent Zustimmung auf dem zweithöchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Die Demokratiezufriedenheit, also die konkrete Bewertung der aktuellen Praxis der Demokratie, sank leicht vom bisherigen Rekordwert von 68 Prozent im vergangenen Jahr auf 65 Prozent. Dies ist damit dennoch ebenfalls der zweithöchste gemessene Wert im THÜRINGEN-MONITOR. Das Vertrauen in die zentralen Institutionen entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr uneinheitlich: Während das Vertrauen in die Gerichte, die Polizei und die Wissenschaft jeweils auf einem stabilen Niveau blieb, zeigten sich für die im Zuge der Pandemiebewältigung aktiven Institutionen Rückgänge: So sanken die Vertrauenswerte in die Landesregierung und die Bundesregierung, die in der vergleichsweise frühen Phase der Corona-Pandemie im Herbst 2020 bisherige Rekordwerte in der Langzeituntersuchung erreicht hatten, um sieben bzw. acht Prozentpunkte. Dieser Rückgang erklärt sich u. a. durch die deutlich gesunkene Zufriedenheit mit dem Pandemiemanagement von Bund und Land. Waren im Jahr 2020 nur 20 Prozent der Befragten unzufrieden mit dem Pandemiemanagement der Landesregierung, verdoppelte sich der Anteil im Jahr 2021 auf 40 Prozent. Auch das damalige sehr hohe Vertrauen in das Robert Koch-Institut ging in diesem Ausmaß zurück. Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass die aktuellen Messwerte dennoch die zweithöchsten Vertrauensniveaus in den jeweiligen Zeitreihen markieren.

Angesichts der im Zuge der Corona-Debatte vorgebrachten Kritiken einer Entdemokratisierung, einer deutlich gestiegenen Kritik am Pandemiemanagement, den mitunter heftig umstrittenen Eindämmungs-

maßnahmen sowie der von Teilen der Anti-Corona-Bewegung wahrgenommene oder prognostizierte „Corona-Diktatur“ bleiben die Demokratiezufriedenheit und das Institutionenvertrauen in diesem Jahr somit auf einem erstaunlich hohen Niveau. Insofern ist eine Demokratie- bzw. Vertrauenskrise in die staatlichen Institutionen in den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS nicht zu erkennen.

Die Corona-Pandemie in Thüringen

Dies ist bemerkenswert, da die Corona-Pandemie das Leben der Thüringer*innen im zweiten Jahr in Folge maßgeblich geprägt hat. Die starke Betroffenheit Thüringens in der zweiten und dritten Welle der Pandemie zeigte sich auch dadurch, dass – gegenüber 12 Prozent im Herbst 2020 (vgl. TM 2020) – im Frühsommer 2021 nun 56 Prozent der Befragten direkt oder im engen Freundes- bzw. Familienkreis gesundheitlich durch das Corona-Virus betroffen waren. Dies führte jedoch im Vergleich zum Vorjahr nur zu einer leichten Steigerung der Risikowahrnehmung für die eigene Gesundheit (33 Prozent im Vergleich zu 28 Prozent im Vorjahr). Dies dürfte neben den niedrigen Inzidenzzahlen zum Zeitpunkt der Befragung auch auf den Impffortschritt in der Bevölkerung zurückzuführen sein. Auch für ihre eigene wirtschaftliche Situation sieht nur eine Minderheit von 17 Prozent der befragten Thüringer*innen eine große Gefahr. Dabei zeigt sich im Einklang mit deutschlandweiten Untersuchungen, dass dies überdurchschnittlich auf die unteren Einkommensgruppen sowie auf bestimmte Berufsgruppen – Freiberufler*innen und Selbstständige – zutrifft und dass somit die soziale Ungleichheit durch die Pandemie verstärkt wurde. Personen, die Risiken für die eigene wirtschaftliche Situation sehen, nehmen zudem verstärkt auch Risiken in anderen Lebensbereichen wahr im Vergleich zu denen, die keine finanziellen Sorgen durch die Pandemie haben.

Auffällig ist jedoch insgesamt, dass die Risiken im zweiten Jahr der Corona-Pandemie nur vergleichsweise selten im persönlichen Bereich gesehen werden, sondern zunehmend in gesellschaftlicher Hinsicht: 77 Prozent sehen aufgrund der langen Schulschließungen Risiken für die Bildungschancen junger Menschen; 60 Prozent sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr. Dieses Muster spricht einerseits dafür, dass die Maßnahmen gegen die individuellen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen und Risiken der Pandemie für die meisten Thüringer*innen wirkten. Gleichzeitig kann diese Sorge um die Zukunftschancen der jungen Generation auch als Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität interpretiert werden.

Allerdings wurde auf Basis der Erkenntnisse des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS der hohe Anteil der Corona-Skeptiker*innen und ihre Überlappung mit rechtsextremen Einstellungen als eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Kultur im Freistaat bewertet (vgl. TM 2020, 97). Die diesjährige Untersuchung zeigt, dass Corona-skeptische Einstellungen weiterhin – im Bundesvergleich überdurchschnittlich häufig – in der Thüringer Bevölkerung geteilt werden. Ihr Anteil ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. So hielten im vergangenen Jahr 35 Prozent der Befragten „das Virus für nicht schlimmer als eine Grippe“, während dies in diesem Jahr nur noch 22 Prozent äußern. Auch die Wahrnehmung, dass die Medienberichterstattung über das Corona-Virus „stark übertrieben“ sei, ist von 53 Prozent auf 43 Prozent Zustimmung zurückgegangen. Dieser Rückgang spricht für die bereits im vergangenen Jahr vertretene Annahme, dass ein Teil der Thüringer*innen im letzten Jahr wegen der schwachen Betroffenheit Thüringens von der ersten Pandemiewelle falsche Vorstellungen von der Gefährlichkeit des Virus hatte.

Dennoch verharmlost somit weiterhin ein beachtlicher Anteil der befragten Thüringer*innen das Corona-Virus. Gleichzeitig ist auch der Glaube an pandemiebezogene Verschwörungserzählungen in Thüringen weit verbreitet: So stimmt ein Drittel der Aussage zu, dass es „geheime Organisationen“ gibt, „die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Zudem glaubt ebenfalls ein Drittel, dass die Regierung die Bevölkerung in der Corona-Krise „gezielt in Angst und Schrecken versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können.“

Corona-Skeptiker*innen und Personen, die an Verschwörungserzählungen glauben, unterscheiden sich in ihren Bewertungen und in ihrem Verhalten – wie im Vorjahr – systematisch von den übrigen Thüringer*innen: Sie bewerten das Virus als signifikant weniger gefährlich, halten die Maßnahmen überdurchschnittlich häufig für übertrieben und nehmen gleichzeitig die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen der Corona-Krise deutlich stärker als eine Bedrohung wahr. Sie glauben weit überdurchschnittlich, dass es an der Zeit sei, „Widerstand gegen die aktuelle Politik“ zu leisten. Verschwörungsgläubige weisen auch eine höhere Neigung zur Billigung politischer Gewalt bzw. zu illegalen Formen politischer Partizipation auf. Corona-skeptische Einstellungen sind zudem mit einer Präferenz für alternative Demokratiemodelle verbunden und zwar sowohl für direkte als auch für expert*innenbasierte Demokratiemodelle. Sie sehen zudem deutlich häufiger eine große Gefahr für die demokratischen Grundrechte und eine Gefahr, in eine Diktatur abzugleiten. Angesichts des in der Anti-Corona-Bewegung weit verbreiteten Narratives einer angeblichen „Corona-Diktatur“ überraschen diese Befunde kaum.

Wie im Vorjahr haben Personen, die Corona-skeptisch sind bzw. an Corona-Verschwörungserzählungen glauben, ein deutlich geringeres

Vertrauen in staatliche Institutionen (v. a. in die Bundesregierung und das Robert Koch-Institut) und sind eher rechtsextrem eingestellt. Allerdings hat sich die Überlappung zwischen rechtsextremen und pandemiekritischen Einstellungen deutlich abgeschwächt: Während im vergangenen Jahr knapp zwei Drittel der rechtsextrem eingestellten Befragten auch Corona-skeptisch eingestellt waren, ist es nun nur noch ein Drittel. Gleichzeitig sind 16 Prozent der Corona-Skeptiker*innen – und damit etwa halb so viele wie letztes Jahr – rechtsextrem eingestellt (in der übrigen Thüringer Bevölkerung sind es nur 10 Prozent). Dieser Rückgang ist erstaunlich und zeigt, dass die u. a. von Medien und Wissenschaft festgestellte Radikalisierung der schrumpfenden Anti-Corona-Bewegung nicht in Richtung des klassischen Rechtsextremismus stattgefunden hat.

Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Auch die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Rückgang von 17 Prozent auf elf Prozent. Damit erreicht der Anteil der rechtsextrem Eingestellten in Thüringen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen in 2001. Die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen ist somit auch im Jahr 2021 nicht rechtsextrem eingestellt. Der THÜRINGEN-MONITOR hat in diesem Jahr zudem einen besonderen Fokus auf neuere ideologische, organisatorische und strategische Veränderungen auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums gelegt. So wurden insbesondere die als populistisch und neurechts bezeichneten ideologischen Konzepte in ihrer Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen untersucht. Auf dieser Basis zeigen sich unter den Thüringer*innen drei grundlegende

Einstellungsmuster: Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus, d. h. die Überhöhung der eigenen Gruppe und Abwertung von Fremdgruppen, sowie rechtsextreme Demokratieablehnung.

Danach teilen 48 Prozent aller Thüringer*innen populistische Einstellungen. Dieses Einstellungsmuster ist neben Misstrauen in die staatlichen Institutionen insbesondere durch den Anti-Elitismus geprägt. So stimmt u. a. mit 52 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft (...) gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 78 Prozent glauben, dass sich die Politiker immer dann einig sind „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. 21 Prozent der Thüringer*innen äußern rechtsextrem-autoritär ethnozentrische Einstellungen. Dabei sind die rückläufigen fremdenfeindlichen Einstellungen des Ethnozentrismus in diesem Jahr im Unterschied zu den bisherigen THÜRINGEN-MONITOREN enger an sozialdarwinistische und antisemitische Vorurteile angebunden. Neun Prozent der Thüringer*innen vertreten rechtsextrem-antidemokratische Einstellungen. Diese drei Einstellungsmuster überlappen sich in der Bevölkerung teilweise deutlich, sodass – neben den Thüringer*innen, die weder rechtsextrem noch populistisch eingestellt sind – insbesondere drei Kombinationsmuster erkennbar sind: 29 Prozent aller Thüringer*innen teilen nur populistische Einstellungen, zehn Prozent teilen populistische und rechtsextrem-autoritär ethnozentrische Einstellungen. Sechs Prozent teilen populistische, rechtsextrem-autoritär ethnozentrische und antidemokratische Einstellungen.

Dies bedeutet gleichzeitig, dass von den Thüringer*innen, die populistische Einstellungen aufweisen, weniger als ein Drittel den rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus oder die rechtsextreme Demokratieablehnung vertritt. Damit kann der einstellungsmäßige Populismus

in Thüringen nur in kleineren Teilen als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Neurechte Positionen werden von unterschiedlich großen Teilen der Thüringer Bevölkerung geteilt. So stimmen etwa 52 Prozent der Thüringer*innen der Aussage „Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen“ zu. 14 Prozent meinen, die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, „das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“. Dennoch kann auf Basis der Untersuchung kein eigenständiges neurechtes Einstellungsmuster identifiziert werden. Die Zustimmung zu diesen aus neurechten Denkfiguren abgeleiteten Aussagen erfolgt stattdessen als Ausdruck entweder populistischer Einstellung oder rechtsextremer Demokratieablehnung.

Übereinstimmend mit dem Rückgang der rechtsextremen Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung sind in diesem Jahr auch die Zustimmungswerte bei einigen Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen erneut gesunken. Trotzdem ist immerhin noch mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (37 Prozent gegenüber 41 Prozent im Vorjahr). Erkennbar günstiger erscheint hingegen die Auffassung gegenüber Muslim*innen. 61 Prozent und damit mehr als jemals zuvor glauben, „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ Befragte aus Landkreisen sind skeptischer als solche aus kreisfreien Städten des Freistaats. Dies lässt vermuten, dass durch positiv erlebte Kontakte mit Thüringer Muslim*innen Vorurteile abgebaut werden – dort stärker, wo generell höhere Kontaktchancen bestehen. Auch Asylsuchenden wird 2021 mit weniger Vorbehalten begegnet als noch 2020. Mit einiger Plausibilität ist hierfür ausschlaggebend, dass mediale und politische Debatten über Asyl und Integration im Laufe des vergangenen (Corona-)Jahres abgeebbt sind.

Im Bereich der Antisemitismus-Messung des THÜRINGEN-MONITORS gibt es 2021 nur einen markanten Rückgang, nämlich den der Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Der entsprechende Anteilswert war 2019 auf alarmierende 16 Prozent angestiegen, 2020 hatte er sich aber wieder halbiert und 2021 liegt nun mit vier Prozent Zustimmung der tiefste Wert der Messreihe seit dem Jahr 2001 vor. Entwarnung kann jedoch nicht gegeben werden, da der Antisemitismus vielfältige Formen ausprägt. Ein Fünftel der Befragten glaubt weiterhin: „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ Und fast ein Viertel der Thüringer*innen äußert mit Blick auf „die Politik, die Israel macht“ dafür Verständnis, „dass man etwas gegen Juden hat.“ Neu im THÜRINGEN-MONITOR ist die ergänzende Aussage, in der der antisemitische Gehalt jener Art der „Kritik“ an Israel sehr deutlich hervortritt: „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.“ 17 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage zu. Überraschend hoch ist auch die Zustimmung zu einer weiteren neu aufgenommenen Aussage, die im Kontext der sogenannten Schuldabwehr bzw. der „Aufrechnung jüdischer und deutscher Opfer“ steht. 45 Prozent der Befragten denken: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.“ Bemerkenswert ist, dass gerade diese Position keineswegs nur am „rechten Rand“ der Gesellschaft unterstützt wird, sondern mit 54 Prozent auch eine absolute Mehrheit jener Befragten zustimmt, die sich selbst in der politischen Mitte verorten. Generell gilt zwar, dass „rechte“ Befragte markant häufiger antisemitisch eingestellt sind als jene der „Mitte“ oder „linke“ Befragte. Doch selbst bei Letzteren finden einige antisemitische Aussagen relativ hohe Zustimmung. Die Zustimmungswerte zu

den fünf Aussagen sind unterschiedlich, dennoch bildet sich Antisemitismus als eine einheitliche Einstellungsdimension ab. Wird die Zustimmung zu den fünf Aussagen gemeinsam beobachtet, müssen zehn Prozent der Befragten als „antisemitisch eingestellt“ gelten. Antisemitisch eingestellte Personen sind oftmals formal niedrig gebildeter und autoritärer als andere Befragte, signifikant häufiger als diese äußern sie individuelle oder kollektive Benachteiligungsgefühle und Statusverlustangst. Außerdem neigen sie stärker dazu, verschwörungsideologischen und kritischen Aussagen mit Bezug zur Corona-Krise zuzustimmen und Anti-Establishment-Positionen zu teilen. Hier deutet sich an, dass verstärkte Anstrengungen in der Antisemitismusprävention auch dazu dienen können, die Resilienz gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen.

Der vollständige THÜRINGEN-MONITOR 2021 kann auf der Website der Thüringer Staatskanzlei als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

<https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/>

Prof. Dr. Marion Reiser
Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration /
Institut für Politikwissenschaft
Carl-Zeiß-Str. 3
07743 Jena
<https://www.komrex.uni-jena.de/thueringenmonitor>